



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingsession: Die AHV hat die parlamentarische Hürde genommen

Thürnen, 27. März 2017

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Das zentrale Thema war während der Frühlingsession die Sanierung unserer Altersvorsorge. Oberstes Ziel war eine langfristige Stabilisierung und Finanzierung der AHV. Leider ist dies noch nicht gelungen, das Parlament hat aber zumindest eine mehrheitsfähige Vorlage verabschiedet.

Nachhaltige Lösung vereitelt

Unbestritten waren das Frauenrentenalter 65 sowie die Senkung des Umwandlungssatzes in der obligatorischen beruflichen Vorsorge von 6,8 auf 6 Prozent. Um über 45-jährige beim Inkrafttreten der Reform nicht zu benachteiligen, erhalten diese eine Einmaleinlage aus dem Sicherheitsfonds, die den Verlust aus dem tieferen Umwandlungssatz kompensieren soll. Auch wird der Rentenbezug flexibel zwischen 62 und 70 Jahren möglich sein.

Die Grünliberalen wechselten im Verlauf der Diskussion die Seiten und verschafften einer generellen Erhöhung der AHV um 70 Franken eine Mehrheit. Verbunden mit einer um 0,6 Prozent höheren Mehrwertsteuer gerät die AHV wegen dieser Erhöhung spätestens 2030 wieder in Schieflage. FDP und SVP wehrten sich geschlossen dagegen.

Ob die jetzige Lösung bei der Volksabstimmung im September dieses Jahres bestehen wird, bleibt abzuwarten. Von der Vorlage profitieren Neurentner sowie neu in Rente gehende Ehepaare. Die bestehenden Rentner haben hingegen Nachteile. Sie zahlen bei jedem Einkauf eine höhere Mehrwertsteuer und bleiben auf dem bisherigen Rentenniveau sitzen. Und die unter 45-jährigen werden die Reform mit höheren Lohnabzügen finanzieren müssen.

Fest steht also: Die Variante der FDP, insbesondere die Abschaffung des Koordinationsabzuges und die Möglichkeit, das Rentenalter bei Schieflage der AHV um maximal zwei Jahre zu erhöhen, wäre sozialer und günstiger gewesen und hätte vor allem nachhaltig und langfristig gewirkt.

Poststellenschliessung – die Post handelt nicht unternehmerisch

Ein Thema, das mich ebenfalls beschäftigte, weil es im Kanton für Ärger sorgt, sind die Pläne der Schweizer Post. Die Schliessung der Poststellen, die geplant ist, wäre zu umgehen, wenn die Post ihre Mitbewerber ebenfalls die Post nutzen liesse – solche modernen und liberalen Lösungen lässt die Post aber nicht zu. Sie setzt auf Agenturen und reduziert ihre Präsenz. Ich bin hier sowohl mit Vorstössen als auch direkt bei der Post vorstellig geworden – die Antworten sind nach wie vor ausstehend oder unbefriedigend. Argumentiert wird jeweils auf der Basis: Da es keine Konkurrenz gibt, kann man sich ja getrost zurückziehen. Ich werde hier am Ball bleiben. Ich

denke, man sollte hier wirklich nachdenken, ob der Postmarkt nicht endlich weiter geöffnet und die private Konkurrenz mehr Raum erhalten sollte, um die Versorgung zu verbessern.

Geschäftsfahrzeuge und Pendlerabzug: Bundesrat geht über die Bücher

Mit der Annahme der Motion Ettlin konnte das Parlament die Frage der Pendlerabzüge und der Geschäftsfahrzeuge korrigieren. Die Verwaltung hatte eine neue, bürokratische Praxis aufgebaut für Unternehmer und Arbeitnehmer, die Inhaber eines Geschäftsfahrzeuges sind. Hier galt es Gegensteuer zu geben. Als Präsidentin der Treuhandsuisse zusammen mit anderen Verbänden haben wir hier Druck aufgebaut. Nun hat der Bundesrat den Auftrag dies zu korrigieren. Das Ziel ist eine Vereinfachung bei der die Übernahme der Fahrkosten durch den Arbeitgeber und die Rückkehr zur bisherigen Anwendung. So soll der bisherige Privatanteil für Autokosten weiterhin Geltung haben ohne zusätzlich komplizierte und mit administrativem Aufwand verbundene Aufrechnung mittels Pauschalen. Es ist uns hier also gelungen, eine völlig unnötige Verkomplizierung einer gut eingeführten Praxisanwendung zu verhindern.

Schwarzarbeit: Administrativer Aufwand

Im Kampf gegen die Schwarzarbeit wurde seitens Bundesrat das vereinfachte Abrechnungsverfahren mit der AHV für Kleinst-AGs und Kleinst-Genossenschaften gestrichen. Dabei hätte man auch andere Lösungen in der Praxisumsetzung machen können. Dieser Schritt führt leider wieder zu einem erhöhten administrativen Aufwand bei Kleinst-Unternehmen. Die FDP hat in der Schlussabstimmung diese Revision mehrheitlich abgelehnt – allerdings ist es nicht gelungen eine pragmatischere Alternative durchzubringen. Aus meiner Sicht geht diese Lösung in die falsche Richtung, denn bestraft werden vor allem jene, die sich schon heute korrekt verhalten. Ausserdem ist fraglich, ob diese Massnahme tatsächlich eine wesentliche Wirkung gegen die Schwarzarbeit haben wird. Man hätte genau in die andere Richtung gehen und jenen das Leben erleichtern sollen, die nachweislich korrekt unterwegs sind. Wenn es einfach ist, sich korrekt zu verhalten, dann macht dies Schwarzarbeit unattraktiver.

Nach dieser intensiven Session ist auch der Winter zu Ende und der Frühling steht vor der Tür. Ich freue mich auf die längeren Tage und die spannenden Diskussionen im Vorfeld der kommenden Abstimmung und dann auf die Sondersession anfangs Mai.

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch